

§ 43 RVG

Tritt der Beschuldigte oder der [Betroffene](#) den Anspruch gegen die Staatskasse auf Erstattung von Anwaltskosten als notwendige Auslagen an den Rechtsanwalt ab, ist eine von der Staatskasse gegenüber dem Beschuldigten oder dem [Betroffenen](#) erklärte Aufrechnung insoweit unwirksam, als sie den Anspruch des Rechtsanwalts vereiteln oder beeinträchtigen würde. Dies gilt jedoch nur, wenn zum Zeitpunkt der Aufrechnung eine [Urkunde](#) über die Abtretung oder eine Anzeige des Beschuldigten oder des [Betroffenen](#) über die Abtretung in den Akten vorliegt.